

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Ort mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Ertene in Oestrich.
Sternsches No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 14

Samstag, den 1. Februar 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Befehl des Generalstabs der 10. Armee
vom 23. Januar 1919. Nr. 612.

Verordnung betreffend Fischerei.

- Das Fischen in Fahrzeugen und die Verladung von Fischen auf dem Rheine sind vom 23. Januar an unter folgenden Bedingungen erlaubt:
- Die Fischerei, auch Transport von Fischen, sind nur während der Tageszeit erlaubt und zwar von:
eine Stunde vor Aufgang bis eine Stunde nach Untergang der Sonne.
- Zur Ausführung der Fischerei dürfen nur diejenigen Gerätschaften benutzt werden, welche vor der Befischung des Gebietes durch franz. Truppen bestimmungsgemäß zugelassen waren.
- Die Fischerei und der Transport von Fischen sind nur innerhalb der nachstehend festgelegten Zonen erlaubt:
Nordzone von Braubach bis Oberwesel einschließlich
Mittelzone Tredlingshausen bis Mainz einschließlich
Südzone Mainz bis Biedesheim einschließlich (unter Einfluß des Mains bis Hochheim).
- Niemand darf die Fischerei ausüben oder Fische transportieren, wenn er nicht im Besitze eines nur für seine Person gültigen Ausweises ist. Muster dieses Ausweises, welcher mit Einverständnis des kommandierenden Generals der Armee durch den mit der Kontrolle der Schiffahrt beauftragten Marineoffizier in Mainz ausgestellt wird, liegt bei. (Siehe unten.) Die Erlaubnisscheine sind nur für 6 Monate gültig; ebenso nur für eine der oben genannten Zonen, wobei darauf hingewiesen wird, daß ausdrücklich verboten ist, eine Zone zu verlassen, sei es flussauf- oder flussabwärts. Alle Anträge auf Erlaubnisscheine sind von den Beteiligten an den Kommandanten des Kreises in Biedesheim zu richten, der für die Weiterleitung sorgt. Erlaubnisscheine werden nur an Berufsfischer ausgestellt, die sich im Besitze eines von der deutschen Behörde (Oberförster) ausgestellten Erlaubnisscheines befinden. Dieser ist dem Antrage beizufügen.

Die zur Fischerei benutzten Fahrzeuge dürfen nur transportieren:
a) die im Besitze eines Fischereierlaubnisscheines befindlichen Personen,
b) die Fischereigerätschaften und die für das Fahrzeug nötigen Gerätschaften,
c) Fische.

Einzelnen Fahrzeugen kann es gestattet werden, Fische von der Fangstelle aus nach den Verkaufsplätzen zu transportieren, jedoch muß das Schiffspersonal in diesem Falle den gleichen Erlaubnisschein wie die Fischer in Händen haben.

7. Die Kontrolle wird ausgeübt werden:

- 1) durch die Polizeiboot der Marine,
- 2) durch Wachposten der Schiffahrtskontrolle an den einzelnen Auslassplätzen.

Im Falle von Verstößen gegen diese Verordnung erfolgt Verhängung des Fahrzeuges, abgesehen von Geld- und Freiheitsstrafen, die verhängt werden können.

Fischerei-Erlaubnis Nr.

Permis de Pêche

Nam:
Name:
Prénoms:
Bourgeoisie:
Résidence:
Wohnort:
Nr. de la carte d'identité:
Nr. der Legitimationskarte:
Nom du bateau:
Name des Schiffes:
Port d'attache du bateau:
Heimatort:
Zone pour laquelle le Permis est valable:
Gültigkeitszone des Erlaubnisscheins:
Le 1919.
den

Le Titulaire: Le Bourgmestre: Le Général Kommandant
Der Inhaber: Der Bürgermeister: l'Armée.
Par délégué
L'officier chargé du contrôle
de la navigation.

Zusatz des Landratsamtes:

Die Herren Bürgermeister der am Rhein gelegenen Orte des Kreises ersuche ich um alsbaldige Bekanntgabe an die Berufsfischer.

Biedesheim a. Rh., den 28. Januar 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

§ 2. 54. Zur Vermeidung jedweder Irrkennung wird angeordnet, daß von heute ab alle abgelaufenen Reise-Ausweise durch die Inhaber der Bürgermeistern des Wohnorts zur Rückreichung an den franz. Kreisverwalter einzuliefern sind. Die Bürgermeister überreichen dem franz. Kreisverwalter täglich durch Vermittlung des Landratsamtes diese Ausweise mit einem Verzeichnis enthaltend Anzahl der Ausweise und deren Nummern. Dieses Verzeichnis wird als Empfangsbescheinigung mit der Unterschrift des franz. Kreisverwalters versehen, zurückgesandt werden und dient im Falle späterer Reklamationen als Unterlage.
Biedesheim a. Rh., den 29. Januar 1919.

Der Landrat.

Das Ergebnis der Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung, 19. Wahlkreis, wird am 1. Februar d. J. 9. 11. Uhr, im Regierungsgebäude, Hohes Erdgesch. Zimmer 46 durch den Wahlprüfer ermittelt werden. Als Mitglieder des Wahlschiffes sind zu diesem Zweck berufen:

1. Der Buchhalter Heinrich Beckmann
2. Der Stabsarzt Dr. Adolf Reimann
3. Der Amtsgerichtsrat, Geheimrat Justizrat Dr. Hermann Reiche
4. Der Schlosser Wilhelm Winter

ämtlich zu Cassel,

und als Vertreter bei Behinderung eines der 4 Mitglieder:

1. Der Landeshauptmann Dr. Wilhelm Geyl,
2. der Rechtsanwalt Heinrich Böhm,

beide zu Cassel.

Cassel, den 26. Januar 1919.

Der Wahlkommissar für die verfassunggebende preussische Landesversammlung 19. Wahlkreis.

gez. von Lange.

Was ist das Referendum?

Der Entwurf der neuen Verfassung Hessens steht das Referendum vor. Damit gelangt in Deutschland eine Einrichtung, die uns bisher fremd war, zur Einführung. Da sie in der Schweiz zum Teil schon seit alter Zeit besteht und in neuerer Zeit dort sorgfältig ausgebildet wurde, wollen wir erläutern, wie das Referendum dort gehandhabt wird.

In der Schweiz nimmt das Volk neben und außer den gesetzgebenden Behörden auch direkten Anteil an der Gesetzgebung in Form von Initiative (Anregung) und Referendum (Vollstimmabstimmung).

Das Referendum ist dort das verfassungsmäßige Recht des Volkes, über die von den gesetzgebenden Versammlungen entworfenen oder erlassenen Gesetze und Beschlüsse durch Abstimmung zu entscheiden. In Graubünden und den sogenannten Landsgemeinden Kantonen, wo jedes Gesetz von offener Landsgemeinde durch Stimmeneinheit angenommen oder verworfen wird, ist dieses Volksrecht allüberall. In den übrigen Kantonen ist es seit 1863, im Jahre durch die Bundesverfassung von 1874 eingeführt worden. Das kantonale Verfassungsreferendum ist durch die Bundesverfassung obligatorisch vorgeschrieben; das Gesetzesreferendum ist in allen Kantonen eingeführt, ausgenommen Freiburg. Unabhängig vom Gesetzesreferendum besteht teilweise das Finanzreferendum, d. h. die Volksabstimmung über finanzielle Beschlüsse, die eine gewisse Summe übersteigen; in den meisten Kantonen besteht es neben dem Gesetzesreferendum. Man unterscheidet zwischen obligatorischem und fakultativem Referendum, je nachdem ein gesetzgeberischer Erlaß dem Volk ohne weiteres zur Genehmigung vorgelegt werden muß, oder erst dann, wenn das Volk es verlangt. Es gibt Kantone mit ausschließlich obligatorischem Referendum neben solchen, die beide Formen vereinigen. Die Zahl der Stimmberechtigten, welche ein fakultatives Referendum verlangen können, schwankt von 300 (Zug) bis 6000 (Basel) Stimmen oder 8 bis 19 Prozent.

Neben dem Referendum besteht in der Mehrzahl der Kantone auch das Recht der Initiative d. h. der aktiven Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung. Man unterscheidet Verfassungs- und Gesetzesinitiative; die erstere ist durch die Bundesverfassung aller Kantone vorgeschrieben und kann jederzeit für eine ganze oder teilweise Revision stattfinden. Die Verfassungsinitiative muß von 1000 bis 15 000 oder 6 bis 22 Prozent der Stimmberechtigten begehrt werden. Die Initiative zu einer gänzlichen Revision hat nur den Charakter einer Anregung; bei Gesetzesinitiative ist bloße Anregung oder ausgearbeiteter Entwurf sein; doch muß sie in den meisten Kantonen wenigstens begründet sein. Eine Verfassungsinitiative ist unmittelbar an das Volk zu bringen, die Gesetzesinitiative in der Regel zunächst an die gesetzgebende Behörde. Die Gesetzesinitiative fehlt einzig im Kanton Freiburg.

Was die politischen Volksrechte im Bund betrifft, so besitzt das Volk vorerst die Verfassungsinitiative. Wenn 50 000 stimmberechtigte Schweizer Bürger die Totalrevision der Bundesverfassung verlangen, so muß die Frage, ob eine solche stattfinden soll oder nicht, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Seit 1891 ist die Volksinitiative auch für eine Teilrevision der Bundesverfassung eingeführt, und zwar kann ein solches Initiativbegehren in Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfs gestellt werden; doch kann eine Initiative nicht verchiedenartige

Materialien treffen. Wenn die Bundesversammlung mit einer durch die Initiative gestellten allgemeinen Anregung sich einverstanden erklärt, so arbeitet sie eine Teilrevision im Sinne des Initiativbegehrens aus; stimmt die Bundesversammlung nicht zu, so ist die Frage der Teilrevision durch die Volksabstimmung zu entscheiden, und wenn sich eine Mehrheit dafür ergibt, von der Bundesversammlung im Sinne des Volksentscheides auszuführen. Wird das Begehren dagegen in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs gestellt, so ist wieder zu unterscheiden, ob die Bundesversammlung zustimmt oder nicht. In ersterem Fall ist das Begehren einfach der Volksabstimmung zu unterwerfen, in letzterem soll die Bundesversammlung einen eigenen Entwurf ausarbeiten oder Verwerfung des Volksvorschlages beantragen und ihren Entwurf oder Verfassungsantrag gleichzeitig mit dem Initiativbegehren der Abstimmung vorzulegen. Die Stellung eines Volksbegehrens hat durch Unterschriften-sammlung innerhalb 6 Monaten zu erfolgen. Eine Volksinitiative für Bundesgesetze gibt es nicht.

Das Bundesgesetzreferendum ist das Recht der Volksabstimmung nicht nur über einzelne Gesetze, sondern auch über bloße Beschlüsse der gesetzgebenden Behörden. Alle Bundesgesetze, sowie allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, sollen der Volksabstimmung unterworfen werden, sofern dies 30 000 stimmberechtigte Schweizer Bürger oder 8 Kantone verlangen. Das Referendumsbegehren muß innerhalb 90 Tagen nach Veröffentlichung des Gesetzes gestellt werden. Für die Abstimmung gilt einfache Stimmeneinheit. Wahl und Abstimmung finden in der ganzen Schweiz an einem Tag, und zwar immer an einem Sonntag, mittels schriftlicher und geheimer Stimmabgabe statt.

Die Erfahrungen, die man mit dem Referendum in der Schweiz gemacht hat, werden für die Einführung in Deutschland sicher ausgiebig verwertet werden.

Wahlergebnisse.

Preußen:

Das Endergebnis aus den Wahlen zur Preussischen Landesversammlung liegt nach nicht amtlichen Meldungen nunmehr vor. In 22 von 23 Wahlkreisen (es fehlt der Wahlkreis Posen mit 21 Mandaten) erhielten Abgeordnete:

Christliche Volkspartei (Zentrum) . . .	91
Deutsche demokratische Partei . . .	61
Deutschnationale Volkspartei . . .	39
Deutsche Volkspartei . . .	20
Anderer Bürgerliche . . .	3
Sozialdemokratische Partei . . .	142
Unabhängige Sozialdemokraten . . .	24.

Hessen:

Nach den bis jetzt in Darmstadt vorliegenden Ergebnissen — es fehlen nur noch wenige Bezirke — sind in die hessische Volkskammer gewählt worden:

13 Demokraten,
8 Deutsche Volkspartei,
13 Zentrum,
4 Hessische Volkspartei,
31 Sozialisten,
1 Unabhängiger.

Als endgültig kann diese Zusammenstellung immer noch nicht angesehen werden.

Der Völkerbund.

Englische Pläne.

Londoner Blätter veröffentlichen die Entwürfe des britischen Planes für den Völkerbund, worin das Prinzip der Isolierung und des Zwangs gegen einen des Angriffes schuldigen Staat angenommen wird. Die britischen Vertreter legen die Regelung der internationalen Streitigkeiten unter den Aufgaben des Völkerbundes an erster Stelle. Aber man hofft, seine Wirksamkeit auch auf folgende Aufgaben auszuweiten: Unterstützung von neuen Staaten, Überwachung des Handels mit Waffen und Munition, Aufrechterhaltung der Freiheit der Verkehrswege, der rechtmäßigen Handelsbeziehungen, das Studium ökonomischer, sanitärer und anderer internationaler Probleme und die Errichtung einer zentralen Organisation für die Behandlung der internationalen Arbeiterprobleme. Bei der Organisation des Völkerbundes steht der Entwurf eines kleinen ausführenden Rat und ein dauerndes Sekretariat vor. Deutschland soll fürs erste ausgeschlossen sein, aber der Ausschluss darf nicht unnötig verlängert werden. Für die Regelung gerichtlicher Streitigkeiten müssen verschiedene Methoden angenommen werden, nämlich die Bildung eines Schiedsgerichtshofs bis zur Schaffung eines permanenten Gerichtshofs für internationale Rechtsprechung und für gerichtliche Streitigkeiten. Für nicht gerichtliche Streitigkeiten muß das Organ entweder der Rat oder die Konferenz sein. Fälle, bei denen Zwang angewandt werden würde seien: 1. Wenn die angreifende Macht darauf besteht, Krieg zu führen, ohne dem Völkerbund zu gestatten, eine ordnungsgemäße Erörterung des Streites zu führen. 2. Wenn eine der streitenden Parteien sich dem Schiedsbruch fügt und die

andere sich weigert, ihn als Entscheidung anzunehmen. — Bezüglich der Öffentlichkeit der Verträge und der Abschaffung der Verträge, die dem Grundgesetz des Bundes zuwiderhandeln, wird Vorsorge getroffen werden müssen. Bezüglich der Abklärung ist man der Auffassung, daß die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nicht genügt und man denkt an die Aufhebung des Grundgesetzes, das kein Staat das Recht hat, bewaffnete Kräfte in einer Stärke zu halten, die auf seine Absicht, sie zu Angriffszwecken zu verwenden, schließen läßt.

Adolf Hoffmanns Abschied.

Ueber die Art und Weise, wie sich Adolf Hoffmann von seinem Amte als Kultusminister verabschiedet hat, geht der „Vorzeitung“ von durchaus zuverlässiger Seite folgende Darstellung zu:

Während die Öffentlichkeit mit der Berufung Adolf Hoffmanns auf den Sessel des Kultusministers und mit seiner Tätigkeit an dieser Stelle wiederholt und sehr eingehend beschäftigt worden ist, hat man über seinen Abschied kaum etwas gehört. Aber Adolf Hoffmanns Schwangerschaft hat sich in viel zu originellen Formen vollzogen, als daß man die Abschieds- scene nicht im Gedächtnis der Nachwelt festhalten sollte.

Am 2. Januar erschien Hoffmann nach der Wiederherstellung von seiner Erkrankung voll Tatendrang im Ministerium. Man wies ihn darauf hin, daß seine Tätigkeit an dieser Stelle nicht weiter gewünscht werde, daß er den unabhängigen Genossen folgen möge, die ihre Ämter bereits niedergelegt hatten. Hoffmann verzögerte sich diesen Vorstellungen gegenüber durchaus hartnäckig. Erst nach immer wiederholtem Zureden erklärte er sich schließlich bereit, das Feld zu räumen, wenn man ihm für drei Monate Gehalt zähle. Man sagte ihm zu, daß diese Zahlung erfolgen solle. Er möge getrost nach Hause gehen, das Geld werde ihm überwiesen werden. Aber Genosse Hoffmann läßt sich nicht für bummelnd verkaufen. Mit jener Energie und Klarheit der Sprache, die ihn immer auszeichnet hat, erklärte er: „Darauf laß ich mir nicht ein! Wenn ich nicht in einer halben Stunde mein Geld habe, sollt ihr wat erleben!“

Das ganze Kultusministerium geriet in Bewegung. Aus allen Kassen wurden die vorhandenen Bestände zusammengetrieben, und es gelang schließlich die 6000 Mark aufzutreiben, die Genosse Hoffmann für drei Monate beanspruchte. Man überreichte ihm das Geld, er steckte es ein, hüllte sich in seinen Havelock und seine Volkstribunenwürde und nahm Abschied, indem er mit großer Gebärde die klassischen Worte sprach: „Hier sieht mir keiner wieder!“

Zur Neuordnung der Kommandogewalt.

Einpruch der Offiziere.

Der Deutsche Offizierbund hielt in Berlin in der „Philharmonie“ eine stark besuchte Versammlung ab, in der er gegen den Entschluß des Kriegsministers vom 19. Januar über die Neuordnung der Kommandogewalt, des Grades und der Rangabzeichen sehr scharf Stellung nahm. Der erste Redner, Major Weber, erklärte, bezeichnete den Entschluß als den Todstoß auf die Kommandogewalt. Er fragte, welcher Offizier wohl noch Lust haben werde, als Kommandeur ein Regiment zu führen, wenn er sich von 18-20jährigen Rekruten in seine Disziplinargewalt hineinreden lassen müsse. Ein Stabsarzt berichtete Einzelheiten, wonach Sol datenräte in Berliner Lazaretten unerhörte Mißwirtschaft getrieben haben. Dem Volksbeauftragten Roske wurde der Vorwurf gemacht, daß er wohl zu Sol datenräten ginge, aber nicht in die Versammlung von Offizieren. Der anwesende Kriegsminister fand wenig Gegenliebe, als er die Erklärung abgab, daß er seine Verfügung nur unter dem Druck der traurigen Lage des Vaterlandes unterschrieben habe. Er sagte:

Es fiel mir die Aufgabe zu, mich mit dem Erben meines sehr geschätzten Vorgängers, des Herrn Scheich, zu befaßen, zu dem auch die in dem Entschluß angeführten Punkte gehören. Bedenken Sie vor allem, daß ich, wie wir alle, gezwungen bin, unter dem Druck der ungeheuren Not zu arbeiten, die jetzt über unser Vaterland hereingebrochen ist. Lassen Sie Ihren Blick nicht dadurch trüben, daß Sie ihn allein auf die Berliner Verhältnisse richten. Wir haben im Innern des ganzen Reiches die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Lage vor allem ist die Ursache meiner Ansicht, daß jetzt nicht der Augenblick gekommen sei, in dem sich die Offiziere mit ihrer Arbeit von uns trennen dürften. Wir können die Mitarbeit der Offiziere unmöglich entbehren. Wir wollen die Sol datenräte in diesem Augenblick nicht abschaffen; sie sind da, und ihr Dasein ist begründet. Ungeachtet dessen müssen sich die Offiziere an die Arbeit heransetzen, denn nur auf diesem Wege ist ein Vorwärtsschreiten möglich. Es ist das Gebot der Stunde, für das Vaterland und mit dem Vaterland zu arbeiten, und diesem Gebot darf sich niemand entziehen.

Beschlossen wurde ein scharfer Einspruch gegen die Neuordnung der Kommandogewalt; es wurde die Erwartung ausgedrückt, daß die Nationalversammlung sie wieder herstellen werde. Das deutsche Volk wird aufzufordern, die berechtigten Forderungen der Offiziere zu unterstützen.

Allerlei Nachrichten.

Einladung der Mittelmächte für Anfang April?

* Berlin, 31. Jan. Der Vertreter der „Daily News“ auf der Friedenskonferenz will, wie verschiedene Blätter melden, wissen, daß es möglich sein wird, die Vertreter der Mittelmächte Ende März oder Anfang April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine geeignete Regierung hat.

Unsere Skafrikaner.

(b.) Die englische Regierung hat der deutschen Sassenitätskommission mitgeteilt, daß General von Lettow-Vorbeck mit seiner Schutztruppe in Darfessalam befindet. Der Tag der Verführung nach Europa ist noch nicht festgesetzt, doch soll der Abtransport bald erfolgen. Die Reise wird voraussichtlich einen Monat dauern. Die baldige Heimkehr der noch in Reindesland befindlichen Kolonialdeutschen,

nämlich die in Deutsch-Ostafrika verbliebenen Frauen und Kinder zu veranlassen, werden die Bemühungen fortgesetzt.

Der Rückmarsch unserer Offiziere.

(a.) Die Telegraphen-Union berichtet: Der Heimtransport der zur Heeresgruppe Rije gehörigen Truppen macht gute Fortschritte. In Pinst ist der letzte Truppentransport aus der Richtung Somel eingetroffen, darauf wurde Pinst am 26. Januar geräumt. In Poursul sind aus der Richtung Kiew nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussichtlich wird daher am 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Kofolajew und Odesa abge- schiedenen geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurückmarschierten, haben die Linie Pinst-Kowel in westlicher Richtung überschritten.

Spartakus.

(b.) Einem Berliner Mittagsblatt wird geschrieben: Der Reichsregierung und den Sicherheitsbehörden sind Mitteilungen zugegangen, wonach in Berlin erneute Unruhen und sozialistische Gewaltakte geplant sind. Es liegen Beweise dafür vor, daß an vielen Stellen der Reichshauptstadt die Organisation der Aufständischen wiederum in vollem Gange ist. Es werden seitens der Spartakusgruppe wiederum mit verdoppelter Kraft Mitglieder als auch waffenfähige Anhänger angeworben. Die Regierung will bei den geringsten Anzeichen von Unruhe mit Schärfe eingreifen.

(a.) Der Telegraphen-Union wird berichtet: In Wilhelmshaven sind die Spartakusleute endgültig unterlegen. Sie hatten sich in der Tausend-Mann-Kaserne verschanzt, die mit 6 Jtm.-Boots- kanonen beschoßen wurde. Die Spartakusleute wurden zur bedingungslosen Übergabe gezwungen. Das Geld, das sie von der Reichsbank erpreßt hatten, und das insgesamt 1 060 000 Mark beträgt, mußten sie wieder herausgeben. Angeblich sollen nur 20 000 Mark nicht wieder abgeliefert worden sein. Bei den Straßenkämpfen hat es Tote und etwa 30 Verwundete gegeben. Der Streik der Eisenbahner wegen Lohnforderungen dauert an, aber der Bahnverkehr mit Wilhelmshaven ist von besonnenen Elementen wieder aufgenommen worden.

Unser Eisenbahnmateriale im Osten.

(b.) Gegenstand der in Aussicht stehenden Verhandlungen mit den Polen ist, wie verlautet, unter anderem auch die Frage der Herausgabe von Wagenmaterial und Lokomotiven, die beim Abzug der deutschen Truppen den Polen in die Hände gefallen sind. In Polen befindet sich etwa genau soviel rollendes Material deutschen Eigentums, wie Deutschland an den Verband abliefern mußte. Von einem günstigen Ausgang der Verhandlungen wäre also eine erhebliche Besserung unserer Verkehrsverhältnisse, insbesondere auch in der Kohlenfrage zu erhoffen.

Die Bagdadbahn.

(b.) Die britischen Behörden haben die Bagdadbahn übernommen. Der Generaldirektor der Bahn, Huguenin, ein Schweizer, wurde entlassen. Die Eisenbahnen der europäischen Türkei sind in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

U-Bootverluste während des Krieges.

* London, 31. Jan. Nach einer Meldung des „Pett“ Parisien“ wird die britische Admiralität demnächst die vollständige Liste des Schiffsräumverlustes jeder Art veröffentlichen, die das vereingte Königreich während des Krieges erlitten hat. Es werden dort 59 U-Boote erscheinen, davon sind 39 durch den Feind vernichtet worden, drei sind interniert, sieben wurden im Baltischen Meer zerstört, vier sind bei Versuchsfahrten gesunken, eins ist gesunken und fünf sind bei Zusammenstößen gesunken. Die Deutschen haben ihrerseits 103 U-Boote verloren. Die Zahl der gemäß dem Haager Abkommen abgelaufenen Boote beträgt 185, davon fünf in Spanien, Holland und Norwegen. Bis zur Stunde sind 135 dieser Boote abgeliefert worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— Die Eröffnungsitzung der Nationalversammlung beginnt am Donnerstag, den 6. Februar, mittags 1 Uhr. Man nimmt an, daß nach einer Rede des Volksbeauftragten Ebert die Nationalversammlung sich vertagen wird, und daß die Fraktionen zusammenzutreten werden, um zu der Wahl des Präsidenten Stellung zu nehmen. Diese Wahl selbst soll am Freitag vor sich gehen. Nach der Konstituierung sollen wiederum die Sitzungen bis Montag unterbrochen werden, damit die neuen Fraktionen zu Beratungen über den Entwurf einer provisorischen Verfassung Zeit gewinnen. Die eigentlichen Verhandlungen werden also vermutlich erst am Montag, den 10. Februar, beginnen und mindestens die ganze Woche hindurch währen. Dann werden der Entwurf und etwaige Anträge und Vorschläge der Parteien einem Ausschuss überwiesen werden. Dieser Ausschuss wird bis in den März hinein beraten und erst nach Abschluß dieser Beratungen wird das Plenum wieder zusammentreten. Die Regierung hofft die Arbeiten der Nationalversammlung in 7-8 Wochen, unter allen Umständen aber noch vor Ostern, erledigen zu können.

— Der Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt hat nach den bundesstaatlichen Kommissionsberatungen einige Änderungen erfahren. Im § 7 wird bestimmt, daß der Reichspräsident von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt wird. Das Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der neuen Reichsverfassung gewählt wird.

Deutsch-Österreich.

(*) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die deutsche Nationalversammlung wird in Wien prüfen, ob sie den Anschluß Österreichs an Deutschland während der Friedenskonferenz oder erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags aussprechen soll. Eine Kundgebung für den Anschluß allgemein geforderten Anschluß ist ebenfalls zu erwarten. Die wirtschaftlichen Fragen werden bereits an amtlicher Stelle geprüft; aber die Verhandlungen mit Deutschland können auch jetzt das Bedürfnis nicht aufheben nach einer wirtschaftlichen Verständigung mit den Nationalstaaten der früheren Monarchie. Das bleibt notwendig, und es ist ein Mißbrauch, eine wirtschaftliche und staatsfinanzielle

Angelegenheit in einen Gegensatz zu dem Anschluß an Deutschland zu bringen. Dieser Gegensatz ist nicht vorhanden, und das Gerücht über eine Denkschrift kann niemand ernst nehmen. Keine Denkschrift und kein politischer Zusammenhang mit den Nationalstaaten wird diese Politik mit Bereitwilligkeit unterstützen.

Aus Rußland.

(*) Berichte aus Omsk bezeugen, daß die Bolschewisten nicht länger mehr als politische Partei angesehen werden können. Sie bilden eine verhältnismäßig kleine Klasse, die das Volk vergewaltigt. Die Bolschewisten begehen unbeschreibliche Grausamkeiten an der Bevölkerung. Alle Kirchen sind geschlossen und viele Geistliche ermordet. Ein Bischof ist lebendig verbrannt worden.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Güterversteigerung.

* Oestrich, 31. Jan. Bei der heutigen Güterversteigerung der Erben der verstorbenen Eheleute Karl Martin Kehringer wurden die nachfolgenden sehr günstigen Preise erzielt: 27,56 Ruten Weinberg in der Rose steigerte Herr Balsh. Verlebach zu 56 Mark die Rute, 33 Ruten Weinberg im Saffertweg zu 51 Mark die Rute Herr Franz Jeyer, 25,56 Ruten Weinberg im Wasserloch zu 40 Mark die Rute Herrn J. B. Steinheimer, 36,48 Ruten Baute im Samberg zu 62 Mark die Rute Herr J. Dillmann, 31,32 Ruten Weinberg im Oberweg zu 33,50 die Rute Herr Adam Weismantel zu Mittelheim, 28,96 Ruten Weinberg im Honigberg zu 42 Mark die Rute Herr Thomas Kunz, 14,76 Ruten Weinberg in der Grabsweide zu 33 Mark die Rute, Herr Franz Hell-Mittelheim, 58,56 Ruten Weinberg im Honigberg zu 66 Mark die Rute Herr J. Dillmann, 34,92 Ruten Weinberg im Gansbaum zu 66 Mark die Rute Herr K. J. Wagner, 34,84 Ruten Weinberg im Alled zu 54 Mark die Rute Herr Adam Steinmetz, von 200,20 Ruten Weinberg im Dornbacher Graben, welche in 3 Teilen ausgeteilt wurden, steigerte Herr Jos. Steinmetz 2 Teile zu 70 und 32 Mark die Rute und den dritten Teil Herr Jos. Samm zu 50 Mark die Rute, 37 Ruten Acker in der oberen Wein löteten 90 Mark die Rute, Steigerer Herr Jos. Holz. Das Wohnhaus mit größerem Garten ersteigerte Herr Jos. Bapt. Kühn zum Preise von 27 000 Mark.

Verkaufswesfel.

* Weisenheim, 1. Febr. Die Weinhandlung J. B. Solmer dahier verkaufte ihr an der Markstraße belegenes Hausanwesen an die Schaumweinabfabri Gebrüder Böhl & m. b. H. zum Preise von 50 000 Mark.

Zur Warnung.

* Der kommandierende General des 1. Armee-Korps hat den Friedrich Schemberg, wohnhaft Hofstraße 47 in Wiesbaden, zu 6 Monaten Gefängnis, 500 Mk. Geldstrafe und 6 Mk. Entschädigung verurteilt, weil er einer Belgierin eine Ohrfeige gegeben und sie mit dem Ausbruch „verfaulte Französin“ (pourrie de Française) beschimpft hat.

Ausweisepapiere offen vorzeigen.

* Wie machen unsere Leser darauf aufmerksam, die Ausweisepapiere offen vorzuzeigen. Dadurch geht die Abfertigung an den Bahnhöfen schneller, wodurch wiederum alle profitieren und das lange Warten vermieden wird. Auch wer täglich reist, sollte sich das angewöhnen, weil er dadurch sich und seinen Mitreisenden nutzt und den Bahnmännern die schnellere Kontrolle erleichtert.

Schiffer-Verband.

+ Vom Rhein, 28. Jan. Schon lange bestehen in der Rheinschiffahrt Absichten, einen Verband der Partikular-Schiffer zu gründen. Diese Bestrebungen ruhten einige Zeit, wurden aber neuerdings wieder aufgenommen. Zu diesem Zweck fand in Düsseldorf eine Versammlung von Partikular-Schiffern statt, die sich grundsätzlich für einen Zusammenfluß aussprachen und einen Ausschuss zur Aufnahme der Vorarbeiten wählte. Dieser Ausschuss wird in nächster Zeit eine zweite Versammlung einberufen. Seitens der Versammlung wurde eine Erhöhung der Frachten als eine unbedingte Notwendigkeit erklärt, damit gegenüber den hohen Matrosenlöhnen ein Ausgleich geschaffen werde. Gleichzeitig bestimmte man einen Vertrauensmann, der hinsichtlich eines Verbandes der Partikular-Schiffer an der Rheinschiffahrt-Schiffe tätig sein soll.

Briefkasten.

* Das Höchster Kreisblatt bringt folgende Briefkastennotiz: „Junge Frau in A. Sie sind da schon verlobt worden. „Sauf-conduit“ besagt soviel wie Geleitbrief oder Erlaubnischein und steht mit den abendlichen Schoppengängen Ihres Eheliebsten in gar keiner Beziehung.“

Interessante Verwandtschaft.

* Verwickelte Verwandtschaftsverhältnisse entstanden in Planig durch eine Heirat. Zwei hiesige Einwohner, Vater und Sohn, heirateten am gleichen Tage zwei Schwestern. Nun ist der Vater gleichzeitig Schwiegervater und Schwager der Sohnswan und seine eigene Frau ist Schwägerin und Mutter zugleich für Schmitt jun. geworden. Der Sohn erblickt in der Stiefmutter gleichzeitig die Schwägerin und im Vater den angeheirateten Schwager, während seine Frau den Schwiegervater gleichzeitig als Schwager bezeichnen kann. Die beiden Schwestern endlich sind durch die Heirat in das Verhältnis von Schwiegermutter und Schwieger Tochter geraten.

Wegfall der besonderen Brotzulagen.

* Mit dem 27. Januar trat eine Verordnung in Kraft, die in vielen tausenden deutschen Familien wohl etwas ungewohnt und unangenehm empfunden werden wird. Von diesem Tage ab fiel nämlich jede bisherige Brotzulage für Schwer- und Schwerarbeiter weg. Jahre lang wurde diese recht erhebliche Begünstigung im Ernährungsweisen gewährt, um namentlich den in der früheren Rüstungsindustrie und anderen schweren Berufsarbeiten tätigen Männern und Frauen die Kraft zum Durchhalten in ihrer harten Arbeit zu ermöglichen. Jetzt, wo die Arbeit wieder ihren normalen Charakter angenommen hat, muß diese in ihrem Gesamtumfang sehr bedeutende Sonderzuweisung schon um deswillen fallen, als die große Lebensmittelpenknappheit unbedingt die größte Sparlichkeit im Interesse der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung notwendig macht.

Wieviel Stimmen erhielten die Parteien am 19. Januar?

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse ausschließlich der Pfalz, die folgendes Bild ergibt:

Sozialdemokraten 11 112 436
Anabhängige 2 188 305
Deutsche Demokraten 5 552 936
Christliche Volkspartei (Zentrum) 5 358 804
Deutschnationale 2 739 196
Deutsche Volkspartei 1 106 408
Bayrischer Bauernbund 273 718
Bayrische Mittelpartei 11 955
Schleswig-Holsteiner Bauernbund 58 482
Braunschweigischer Landesverband 56 675

Danach wären 15 775 174 bürgerliche Stimmen gegen 13 298 705 sozialistische Stimmen abgegeben worden. Wahrscheinlich werden die genannten Aufstellungen die Ziffern auf beiden Seiten noch etwas erhöhen, ohne jedoch an dem Kräfteverhältnis im ganzen etwas zu ändern.

Le petit Clemenceau.

Der Sohn des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau befindet sich bei den Besatzungstruppen in Rastatt. Er ist Ortskommandant in Rastatt. Die Truppen haben ihm den volkstümlichen Spitznamen „Le petit Clemenceau“ gegeben und so nennt ihn jetzt der ganze Ort.

Noch keine Lebensmittel unterwegs.

Wie aus Norddeutschen mitgeteilt wird, ist die Nachricht der „Neuen Rotterdamer Courant“, daß die ersten Schiffe mit Lebensmitteln aus den Verbandsländern für die deutsche Bevölkerung nach Deutschland geschifft seien, unzutreffend.

Eine sportliche Leistung.

Montag nacht gelang es dem fliegenden Deutschen in Paris, auf der Dachterasse der Galerie Lafayette niederzugehen. Dadurch gewann er einen Preis von 25 000 Franken, der für den ersten Flieger ausgesetzt war, dem es gelang, auf dieser 14 Meter breiten Terasse zu landen. Der Apparat Wendrichs mißt 12 Meter. Wendrichs erklärte, er bereite einen Flug um die Welt vor.

Ein Festessen mit Rohfleisch. In Gegenwart des Oberpräsidenten von Ostpreußen, des gesamten Regimentsrats und Königsberger Soldatenrats, des Polizeipräsidenten und der Mitglieder des Provinzialrats, des Landgerichtsrats, des Königsberger Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung und unter Beteiligung von Vertretern des Veterinärates, der Handels- und Handwerkskammer, der ärztlichen und gewerblichen Kreise Königsbergs, fand in Königsberg im Marmoraal des Berliner Hofes ein „Propaganda-Rohfleischessen“ statt. Das mit zahlreichen Gängen verlaufene ausgedehnte Festmahl hatte den Zweck, die in großen Kreisen herrschende Scheu vor dem Rohfleischgenuß zu beheben. Da das Rohfleisch nicht in die Nationierung einbezogen und marktfrei abgegeben wird, konnte man das Mahl äußerst billig gestalten. Im Verlauf dieses Propagandaeßens wurden in allen Stadtteilen Königsbergs Verkaufsstellen für das Rohfleisch eingerichtet und die ohnmündige frühere Borsener Halle am Schloßplatz zu einem großen Speisehaus umgestaltet worden, in dem in zwei Stockwerken Rohfleisch dargeboten wird. Auch eine große Zahl Königsberger Gastwirtschaften hat sich inzwischen bereit erklärt, Rohfleisch auf ihren Speisekarten mit anzuführen. Wie der Vorsitzende der Provinzialfleischstelle zur Erklärung des eigenartigen Gastmahls ausführte, stammen die Bedenken der Deutschen gegen den Rohfleischgenuß zum Teil noch aus heidnischer Zeit, die das Pferd der Germanen heilig hielt. Doch auch das Bild des abgetriebenen Klepperrad, der zur Abdeckung geschäftet wurde, trug viel zur Abneigung bei. Dem könne man begegnen durch eine größere Würdigung des Rohfleischgenußes, wodurch die Fleischschäler veranlaßt würden, höhere Preise für ein gutes Schlachtpferd anzulegen.

Außer Kraft getreten. Die Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme von Ferngläsern, sowie von Objektiv für Photographie und Projektoren vom 5. Oktober 1918 ist außer Kraft getreten, ebenso die Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Veräußerung, Verwendung und Mißbrauch von pflanzlichen Gießstoffauszügen und künstlichen Gießmitteln vom 19. Oktober 1917, ferner die Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Holz, vom 1. April 1916.

Zuschlag zur Gepäckversicherung. Auf die Prüfen der Gepäckversicherung ist auf einen Vorschlag Bayerns ein vorübergehender Teuerungszuschlag von 200 Prozent eingeführt worden. Die Eisenbahnverwaltungen behalten sich aber eine Mederaufhebung des Zuschlages vor. Die Erhöhung gilt vom 10. Januar an. Westmarken und Posten werden handschriftlich geäußert.

Die Kurlisten entlassener Kriegsschadigter. Mehrer Beihilfen zu einem Kurlisten von entlassenen Kriegsschadigten hat der Kriegsminister auf eine Anfrage den Bescheid gegeben, daß die Landesverwaltung hierzu nicht verpflichtet ist, auch nicht zur Erstattung von Kosten einer privatärztlichen Behandlung oder Aufnahme in eine Privatanstalt. Wenn die Versorgungsbeurteilung als Folge einer Dienstbeschädigung im Kriege anerkannt ist, so kann der Rentenempfänger sich wegen seines Fehlverhaltens in einer Militärheilstätte an den Bezirksdienststellen wenden. Voraussetzung für eine Kur ist Bedürftigkeit oder gewichtige Billigkeitsgründe. Die Bewilligung einer Kurkostenbeihilfe an ausgeschiedene Offiziere und andere Beamte wird in der Regel davon abhängig gemacht, daß das Leiden auf den Krieg zurückzuführen ist, die Kur notwendig und zweckdienlich ist, sowie bedürftige Lage. Begründete Gesuche sind an die Versorgungs-Abteilung für Hinterbliebene des Kriegsministeriums zu richten. Bei Feldzugsleiden, die einer besonderen Behandlung bedürfen, können neuerdings ausgeschiedene Offiziere in eine Heil- oder Kuranstalt der Landesverwaltung aufgenommen werden.

Woher kommt das Wort „Ditsch“? Ja, woher kommt das Wort, das uns jetzt alle paar Tage im politischen Teil der Zeitungen leider aufgesetzt wird. Ist es überhaupt ein deutsches Wort? Es klingt fast ein bisschen tschechisch oder polnisch, nicht wahr? Aber kommt der Zürcher Mundart und wurde zum ersten Mal auf die Zürcher Unruhen vom Jahre 1839 angewandt. Seit der Zeit — es kann also jetzt schon 80. Geburtstag feiern — bezeichnet das knappe Wortlein jeden blutigen und unartigen Umsturzversuch.

Schmuggel mit deutschen Banknoten. Vor einigen Tagen wurde in Berlin eine Reisegesellschaft verhaftet, die von Ostpreußen nach Berlin gekommen war und bei der man ungefähr eine Million Mark beschlagnahmte. Auch an anderen Stellen wurden Reisende angehalten, die deutsche Banknoten über die Grenze zu bringen versuchten. So in Gmünd mehrere Personen, bei denen man über eine Million Mark in den Kleibern eingetauscht fand, und in Kreuzlingen an der Schweizer Grenze drei Personen, denen man 275 000 Mark Papiergeld wieder abnehmen konnte. Eine Zentrale dieses Handels bildet nach den Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei das alte Scheunenviertel. In der Grenadierstraße und Umgebung sind Tausende galizischer Händler, die als Spezialität den Auslauf von deutschen Banknoten betreiben. Sie zählen für den Tausendmarktschein 1200 Mark, für den Hundertmarktschein 120 Mark; die Hintermänner dieser Kufhäuser sitzen im Auslande. Sie lösen die Noten bei den Banken, die sich leider zu diesem Treiben hergeben, um ihre 6 Prozent zu verdienen, ein. Die eigentliche Gefahr für das Reich besteht darin, daß die ausgeführten Banknoten im Auslande gesammelt und zuletzt der Reichsbank präsentiert werden. Diese muß dann den Goldschaff dafür hergeben.

Ehrgang für Hindenburg. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung in Rastatt haben beschließen, Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Rastatt zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate in treuer und beispielloser Pflichterfüllung von hier aus die Demobilisierung unserer Heeres geleitet hat. Der Ehrenbürgerbrief wurde ihm durch den Oberbürgermeister und den Stadtverordneten-Vorsteher überreicht.

Von der Hohenzollern-Familie. Wie in Potsdam verlautet, hat die frühere Kaiserin den Wunsch geäußert, ihren Lebensabend in aller Zurückgezogenheit in der Nähe ihrer Söhne und Enkel in Potsdam beschließen zu können. Es soll als Wohnung die Villa Alexander am Pfingstberg ausgetreten sein. Diese umschließt ein schöner Park, der eine herrliche Aussicht über die Havelseen gestattet. — Die Söhne des früheren Kaiserpaars, die in Deutschland weilen, gedenken vorläufig, bis auf den Prinzen Waldert, ihren Wohnsitz in Potsdam zu nehmen. Prinz August Wilhelm, der zum Landrat von Neuruppin ernannt war, hat dieses Amt nicht angetreten und siedelt wieder nach Potsdam über. Die frühere Kronprinzessin behält ihr Landhaus am Jungfersee zum dauernden Aufenthalt.

Mehring. Dr. Franz Mehring in Berlin ist an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben. — Mehring war einer der vielseitigsten Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie. Als Historiker und Literaturforscher ist er gleich bekannt, wie als Tageskritiker.

Erschossener Offizier. Oberleutnant Weissenbach, aktiver Offizier des Feldartillerie-Regiments 46 in Guldau, wurde nachts von dem Sohne des Führers der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, des Malermeisters Arndt, erschossen. Weissenbach hatte nach der Darstellung des Kommandos des Feldartillerie-Regiments mit fünf Offizieren vor dem Hause Arndts wasserländische Lieder gesungen. Als die Offiziere 50 Meter vom Hause entfernt waren, fiel aus diesem ein Schuß. Die Offiziere eilten zurück und trafen im Haus auf Arndt und seinen Sohn. Im Verlauf eines Wortwechsels wurde Oberleutnant Weissenbach von dem Sohne Arndts erschossen. Sämtliche bei dem Vorfall anwesenden Offiziere waren ohne jede Wunde.

Beerdigung. Der Ausbruch der technischen Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn ist durch Schiedsspruch des Berliner Schiedsgerichtes beendet worden. Die Ausständigen erhalten bei der nächsten Lohnzahlung eine Zulage in Höhe von insgesamt 300 000 Mark, die schon allen Kriegsteilnehmern bewilligt worden war. Die Direktion nahm diesen Schiedsspruch an.

Verminnte Flieger. Die beiden französischen Flieger Leunant Rogat und Hauptmann Soli, die erfolgreich den Flug über das Mittelmeer von Marseille nach Alger zurückgelegt hatten und zur Heimkehr durch die Luft in Alger wieder aufsteigen waren, sind bisher nicht in Frankreich eingetroffen. Bei keiner der zuständigen Stellen ist eine Nachricht über den Verbleib der beiden Flieger angekommen.

Kühne Pläne. Hauptmann William K. Bishop kündigte die Überquerung des Atlantischen Ozeans in weniger als sechs Monaten an. Er meint, daß es ein „flogu“ allich sei, mit Reiseflugzeugen wie mit Linienfliegern.

Weibliche Hausangestelltennot. Die Annahme, daß der Monat Januar ein wesentlich erhöhtes Angebot an weiblichen Hilfskräften für den Haushalt bringen werde, hat sich als irrig herausgestellt. Es herrscht nach wie vor ein Mangel an weiblichen Hilfskräften für den Privatgebrauch der in einem strengen Gegensatz zu den Klagen über Arbeitslosigkeit steht. Daß es sich hier um eine internationale Erscheinung handelt, macht uns die Sache nicht schmerzhafter. Die Folgen der ungesunden Auslösung von Munitionsfabrikanten sind eben überall die gleichen. Die Lösung der Frage ist unseres Erachtens nur dann möglich, wenn wir die Gegenstände in der Auffassung von Lohn und Arbeitszeit beseitigen. Vor allem glauben die Hausfrauen des Mittelstandes die hohen Löhne, die heute von den weiblichen Hausangestellten gefordert werden, nicht bezahlen zu können. 50 Mark Monatslohn für ein junges Mädchen, das von dem Bureau oder der Fabrik kommt und von den einfachsten Hausarbeiten überhaupt keine Abkennung hat, ist denn auch jedenfalls ein Satz, den der vom Krieg ausgeplünderte Mittelstand nicht zahlen kann. Ausgebildete Hausmädchen oder gar Köchinnen kommen für diese Art zu Zeit überhaupt nicht in Frage. Schon hier bei den ungelerten Angestellten muß der Hebel angestreift und von Eltern wie auch dem Arbeitsamt darauf hingearbeitet werden, wie notwendig es für die Selbstständigkeit und das Wesen einer Frau ist, daß sie mit der Küche, wie mit allen Hausarbeiten innig genug vertraut ist, um bereist einmal allein einer Wirtschaft vorstehen zu können. Es ist daher in hohem Maße unsozial, durch übertriebene Lohnforderungen die Heranbildung tüchtiger Hausangestellten zu verhindern. Schließlich gehört auch keine geringe Geduld dazu, die nur widerstrebend gehorchenden Hände der an mechanische Tätigkeit gewöhnten Fabrikarbeiterin den vielfältigen Anforderungen des häuslichen Betriebes anzupassen. Hat man aber die Lehrgänge hinter sich, so wird die Hausfrau eines kleinen Haushaltes alles aufbieten, ihre Angestellten zu halten und durch ein wohl gepflegtes persönliches Verhältnis für die problematischen Lohnvorgänge des hochentwickelten Hauses entschädigen.

Weinzeitung.

Deßau, 1. Febr. In den Weinbergen des Rheingaus wurde in der letzten Zeit vor allem das Wintergraben gefördert. Der Rebschnitt wurde begonnen. Das geschäftliche Leben hat sich dem Betrieb wie er in der Rheinpfalz, in Rheinhessen und an der Mosel seit kurzem herrscht, angepasst. Bei lebhafter Nachfrage und entsprechender Preissteigerung wurde viel Wein verkauft. Dabei kostete das Stück 1918er schließlich bis 4000 Mk. und mehr und bei längerer Dauer des regen Geschäftsganges sind weitere Preissteigerungen sicher zu erwarten.

Kreuznach, 30. Jan. Sehr flott konnten die Arbeiten in den Weinbergen bis jetzt gefördert werden. Mit dem Schnitt der Reben hat man auch den Anfang gemacht. Geschäftlich ist ein regeres Leben erwacht, das bei kräftiger Nachfrage zu zahlreichen Umsätzen führte. Für das Stück 1918er wurden bis 3500 und 4000 Mk. erzielt.

Bacharach, 28. Jan. Im allgemeinen war der freihändige Weinverkauf in unserer Gegend in der letzten Zeit nicht sehr belebt, doch kamen vereinzelt Umsätze zustande. Dabei kostete das Stück 1918er bis 3000 Mk. und noch mehr. Für das Stück 1917er wurden bis 8000 Mk. und darüber erzielt.

Handel und Verkehr.

(:) Die Leipziger Frühjahrsmesse. Der Ausschussrat des Reichsanzeigers für die Mustermesse in Leipzig hielt unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Leipzig, Dr. Noth, eine Sitzung ab und beschloß, die diesjährige Frühjahrsmesse vom 27. April bis zum 3. Mai abzuhalten. Bis heute sind zur Frühjahrsmesse 4200 Ausstellerfirmen angemeldet, während die vorige Herbstmesse die endgültige Ausstellerzahl von 5476 und die vorige Frühjahrsmesse die endgültige Ausstellerzahl von 3681 aufwies. Da auch die Einkäufer lebhaftes Interesse für die Frühjahrsmesse zeigen, ist auf sehr rege Beteiligung zu rechnen. Zusammenlegung von Frühjahrsmesse und Herbstmesse, die von einigen Stellen angeregt worden war, kam überhaupt nicht in Betracht. Gerade im Hinblick auf die Lage der Industrie, die Aufträge braucht, dürfte der Zeitpunkt der Messe nicht zu weit hinausgeschoben werden.

(:) Hollands Abneigung gegen die neuen Reichsbanknoten. Der Handelsvertreterverein erfährt aus Amsterdam, daß die holländischen Banken durchweg die Annahme der neuen deutschen Banknoten verweigern. Da die deutschen Banken an ihre Depositionen in Holland, zumeist deutsche Firmen, nur neue Banknoten senden, so kommen diese Firmen jetzt zum Teil in große Schwierigkeiten. (Diese Abneigung der Holländer gegen unsere neuen Banknoten ist nicht recht verständlich. Die Deutung und die Einlösbarkeit der neuen Reichsbanknoten ist doch genau die gleiche wie diejenige der alten. Der Unterschied besteht bloß in der Farbe des Stempels. Die Reichsbank gibt nur noch grüngestempelte Noten aus, um dem Umfang des Schleichhandels mit den alten, rotgestempelten Tausendmarktscheinen zu steuern.)

Gerichtszeitung.

(§) Dachdecker — Preiswucherer — Mankarndiebe. Dieses dreifache Gewerbe betrieben die Gebrüder Br. u. Co. in Saarbrücken. Sie stellten sich bei einer Anzahl Hausbesitzer vor mit dem Bemerkten: „Wir arbeiten eben bei Ihrem Dach und haben beobachtet, daß auch auf Ihrem Dach Reparaturen notwendig sind, die wir zur Festigung unserer Existenz gut und billig ausführen wollen.“ Diesen Worten schenkte man Glauben und die „Reparaturen“ wurden schleunigst ausgeführt. So schnell die Arbeit ausgeführt war, ebenso rasch wurde die Rechnung präsentiert. Diese war gepfeffert und gesalzen. Einige Biegel zu ersetzen, etwas Verputz ausführen kostete nur 48 Mk., 36 Mk., 30 Mk. u. s. w. Verschiedene der Hausbesitzer zahlten mit saurer Miene die Rechnung, andere zahlten sie nicht oder machten Vorbehalte. Eine erhebende Note erhielt die Geschichte durch folgenden, von einem Wächter beobachteten Vorgang: Der Dachdecker bestieg das Dach, nahm da und dort einen Biegel heraus, wusch ihn fein säuberlich ab, legte ihn wieder zurück und die Reparatur mit — neuen Biegeln war fertig. Gestrichen vom Dach, den Speicher ausgiebig mit Zement beschmiert — Resultat: 36 Mark Arbeitslohn! Beim Reinigen der Sperrbänke machten einige Frauen die Entdeckung, daß dort Einbrüche verübt worden waren; es waren u. a. abhanden gekommen Stiefel, Strümpfe, Blusen, Spielzeug u. a. m. Als eine Frau dem Dachdecker gegenüber schiltend bemerkte, daß während seiner Arbeit Sachen gestohlen worden seien, entgegnete dieser lastbühlig: „Dann ziehen Sie Ihren Schaden von der Rechnung ab!“ Der nächste Akt spielte sich bei der Polizei ab, die die Gebrüder Br. am Kontablen saßen und samt ihren „Gesellschaftern“ festhielt. Die gestohlenen Sachen, sowie eine Menge aus anderen Diebstählen herübergebrachte Gegenstände wurden in der Wohnung der geschäftstüchtigen, auf Festigung ihrer „Existenz“ bedachten Dachdecker gefunden.

Landwirtschaftliches.

+ Aus dem Rheingau, 1. Febr. Landwirtschaft und Gartenbau, diese Grundpfeiler jeder nationalen Wirtschaft, deren Bedeutung für die Volksernährung der Krieg so überzeugend dargelegt, müssen mit allen Kräften ihre Arbeit wieder aufnehmen, um die drohende Not zu mildern. Ganz besonders muß auch der Gemüsebau, der durch den Kleingartenbau im Kriege so große Fortschritte gemacht, immer noch weiter ausgedehnt werden, denn jeder ist jetzt doch davon überzeugt worden, daß wer sich nicht selbst sein Gemüse zieht und pflanzt, bittere Not leiden muß. Da kommt uns denn wieder die bestbewährte Samen-Firma J. Lambert & Söhne in Trier mit ihrem neuen Hauptpreisbuch entgegen, in welchem wir alles an guten Samen und Pflanzen finden, was wir im Garten und Feld brauchen. Der Wert der genannten Firma bürgt für beste Ausführung, auch der kleinsten Bestellung.

Verantwortlich: Adam Elms, Dohli.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“

Bekanntmachung.

Montag, den 3. Februar 1919,
nachmittags 1 Uhr, (westeuropäische Zeit)
werden auf Antrag des Magistrats dahier
ca. 250 frischgeleerte Weinfässer
— meistens 1/2 Stück und einige Fuder und Stückfässer —
in dem Hause **Rathausstraße Nr. 73** gegen Barzahlung öffentlich freiwillig versteigert.

Wiesbaden, den 27. Januar 1919.

Das Ortsgericht:
Pang,
Vorsteher.

Zur gest. Beachtung!

Meiner verehrten Rundschaft teile hierdurch mit, daß ich vom heutigen ab meine Bäckerei an Herrn **Gottfried Kling** käuflich übergeben habe.

Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich daselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hattenheim, 1. Februar 1919.

Georg Schwab Wtw.

Geschäfts-Übernahme.

Der verehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur gest. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das Bäckergeschäft der Frau **Georg Schwab Wtw.** durch Kauf übernommen habe.

Ich werde bestrebt sein, das meiner Vorgängerin geschenkte Vertrauen aufs Beste zu rechtfertigen und bitte um gest. Zustimmung.

Hattenheim, 1. Februar 1919.

Gottfried Kling.

Geschäfts-Übergabe.

Unserer werten Rundschaft zur Nachricht, daß unser Geschäft am 1. Februar ex. an Herrn **B. Schmitt** übergeht. Indem wir allen unseren Kunden für das bisherige in uns gesetzte Vertrauen danken, bitten wir, daselbe auch auf unseren Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Geschw. Meyer,
Bäckerei in Winkel.

Geschäftsübernahme u. -Empfehlung.

Bezugnehmend auf Vorstehendes, bringe ich der bisherigen Rundschaft sowie allen Bewohnern von Winkel zur gest. Kenntnis, daß ich mit dem 1. Februar ex. die Bäckerei der **Geschw. Meyer** in Winkel übernommen habe.

Ich bitte das meinen Vorgängern geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen.

Hochachtungsvoll
Balthasar Schmitt,
Bäckermeister.

Von der Reise zurück!

A. HOFFMANN

Spezialarzt für Lungenkrankheiten

MAINZ

Ludwigstrasse 12.

Claud. Schmitt,

Bildhauer,

Geisenheim am Rhein

empfehlte sich in

Anfertigung von Grabdenkmälern,

Figuren, Büsten,

Reliefs, Grabeinfassungen usw.

Moderne Grabdenkmäler nach eigenen Entwürfen.

Gediegene saubere Ausführung, billige Preise.

Photographisches-Atelier Bogler.

Geisenheim im Rheingau.

Spezialitäten: Vergrößerungen und Verkleinerungen

auch von Zivil in Feldgrau

und alle sonstigen photographischen Arbeiten.

Schuhe.

Hauschuhe, ohne Bezugsschein, dauerhafte Verarbeitung, mit echter Ledersohle, pro Paar 7.20 M., freie Zusendung. Lieferung nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Rücknahme und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten.

Garantie für gute Ankunft.

Verwandt gestaltet.

Schuhwaren-Fabrik Limbach

(Rheinpfalz).

Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl ::
zu sehr billigen Preisen.

Neu aufgenommen!

Sessel- Stuhlsitze u. Liegestühle

:: Grosse Auswahl ::
zu den billigsten Preisen.

Gebr. Hallgarten, Bingen a. Rh.

Schmitt-
str. 23.

Wir nehmen beim Einkauf Kriegs-Anleihe in Zahlung.

Achtung

für Weinbergbesitzer.

Kögelagerter Schieferabfall, circa 100 Fuhren, können sofort gegen kleine Vergütung (nicht in bar) abgeholt werden bei

Johann Rau, Dachdeckermeister,
Schierstein am Rhein.

Telefon 265.

Vergrößerungen

nach jeder kleinen Photographie oder aus jedem Gruppenbilde, auch von Zivil in Feldgrau, werden billigst angefertigt.
Semi-Emallobilder für Broschen, Anhänger etc.
Sinnreiches Geschenk.

Frieda Simonsen, Rheinstrasse 56, Wiesbaden.

Pfähle,

große Auswahl tannene, gefällte, Kiefern, Gold-Lärche, Birnne, gefällte und rund transportierte. Weinbergpfähle, Spanisch und imprägniert, in Längen 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl in Baumstüben imprägniert und transportiert in allen Längen und Dicken.

Verkauf ab Lager gegen Kassa, Versand gegen Nachnahme.

E. Dillmann, vorm. Gregor Dillmann
Geisenheim a. Rh.

Dankagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme an dem Hinscheiden und der Beerdigung unseres lieben guten Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Onkels und Schwagers

Herrn Valentin Kreis,

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank den warmherzigen Schwägern, dem Weichenkeller-Verein und Bahnarbeitern, sowie auch für die vielen Kranz- und Blumenpenden.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Wiesbaden, den 1. Februar 1919.

Institut für vornehme

Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden

Grabenstrasse 21. — Telefon 3973.

Schüler, deren Fortschritte gefährdet sind.

sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir besetzen in kleinen Klassen durch einen Unterricht, der die Eigenart jedes Schülers besonders berücksichtigt, die vorhandenen Lücken und ergänzen dadurch unsere bekannten hervorragenden Erfolge in allen Prüfungen. In Ruhe herrscht köstliche Ruhe wie mitten im Frieden. — Vorzügliche Verpflegung. — Reform-Institut, Kehl (Baden), Fernruf 15.

Ein Transport schwerer und mittelschlag

Pferde

eingetroffen.

Karl Kahn, Schierstein a. Rh.

Lade nächste Woche auf Bahn-

station Geisenheim

künstliche Dünger

aus, als Schwefelsäuren Am-

moniat, Kalkammoniat, Super-

phosphat, Thomashaden-

mehl.

Bestellungen nimmt entgegen

Georg Strauß,

Geisenheim, Marktstraße 4,

Telephon 240.

Kapitalien

in jeder Höhe auf gute Hypo-

theken auszuliehen. Anfragen

mit Grundbuchauszügen nebst

Tagen an

Joh. Daniel in Geisenheim.

Vermittler verbeten.

Ein kräftiges

Arbeitspferd,

5—6 Jahre alt, zu verkaufen

Näheres Expedition d. Bl.

Ein leichter

Wagen,

möglichst Korbwagen, zu

kaufen gesucht.

Offerten unter S. N. 12 an

die Expedition d. Blattes.

Alte gut erhaltene

Pfähle

hat abzugeben

Leonhard Eser,

Wiesbaden.

Briefkassetten

in einfachen und feinen Aus-

stattungen empfiehlt

Rheingauer Bürgerfreund,

Wiesbaden a. Rh.

Kaufmännische

Privatschule

Bein

Beginn

Anna Riese

in allen Handelsfächern, sowie

in Schöb., Stenogr., Masch-

Schreiben etc.

Anfang Januar

a) für Herren

in den Unterrichtsräumen

Kirchgasse 21 I

für Kriegsteilnehmer ermäßig-

tes Honorar;

b) für Damen

Rheinstraße 115 I

nähe der Ringkirche.

Auswärtigen vergütet das In-

stitut einen Teil der Fahrtkosten.

Anmeldungen für Vorkurse,

nach Wahl vor- oder nachm.,

Einzelstunden (auch abends) und

Privatunterricht, im Geschäfts-

zimmer:

Rheinstraße 115 I

recht bald erbeten.

Herm. Bein,

Clara Bein,

Dipl.-Kaufleute und

Dipl.-Handelslehrer.

Wiesbaden.

50 Mark Belohnung.

Vor einiger Zeit neuer Biber-

kragen zwischen Niedrich und

Winkel verloren.

Abzugeben bei Hrl. Ottes,

Tannusstr. 2, Wiesbaden.

Cigarren, Cigaretten

sowie echt überseeischen

Rauchtabak in preiswerten

Qualitäten empfiehlt

Jean Kunnemann,

Winkel am Rhein,

Tannusstraße 1.

Lehrling

für sofort oder später gesucht.

Otto Fries,

Tapezierer und Dekorateur,

Niedermalluf.

Pa. Toilettenseife

a Stück M. 2,50, 3.— und

3,50 abzugeben bei

Jean Kunnemann,

Winkel a. Rh., Tannusstr. 1.

Zugochsen

zu verkaufen.

Emil Hallgarten,

Winkel.

Ca. 150 Zentner

Strohmist

zu verkaufen.

Winkel,

Johannisbergerstraße 49.

Kommissionen

nach Wiesbaden und Mainz

besorgt.

Anna Gerstadt,

Winkels a. Rh., Tannusstr. 7.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

des oberen Rheinganes.

Sonntag, den 2. Febr. 1919:

10 Uhr vorm.: Gottesdienst

in der Pfarrkirche zu Erbach.

11 Uhr vorm.: Christenlehre

der Knaben.

2 1/2 Uhr nachm.: Gottesdienst

in der Christuskapelle zu

Elville.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

Wiesbaden.

Sonntag, den 2. Febr. 1919:

4. Sonntag nach Epiphania.

9 Uhr vorm.: Gottesdienst in

Wiesbaden.

1 Uhr nachm.: Gottesdienst

in Erbach.

Ab. Die angelegte Zeit ist in

französl. Zeit.